



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 28.02.2017

Öffentlich

| | | |
|-------|--|------------------------|
| 4.1.1 | Neufassung von §11 ab Absatz 3 der Geschäftsordnung der Bezirksversammlung Gemeinsamer Antrag von SPD- und GRÜNE-Fraktion Drucksache: 20-4019 | ungeändert beschlossen |
|-------|--|------------------------|

Sachverhalt:

In der Sitzung des Hauptausschusses der Bezirksversammlung Hamburg-Nord wurde am 7. Februar 2017 vereinbart, dass in der dort vorgelegten Neufassung der Geschäftsordnung der BV der §11 noch einmal überarbeitet werden sollte.

Die **zunächst vorgelegte Fassung** des §11 Absatz 3-6 sah wie folgt aus:

(3) ¹Themen, die Gegenstände der weiteren Tagesordnung sind, können nicht Gegenstand der Aktuellen Stunde sein. ²Jede Fraktion oder Gruppe kann ein Thema anmelden.

(4) ¹Ein Redebeitrag darf nicht länger als 5 Minuten dauern. ²Jede Fraktion oder Gruppe kann einmal zu jedem angemeldeten Thema sprechen.

(5) Anträge zur Sache dürfen nicht gestellt werden.

(6) Die Bezirksamtsleiterin oder der Bezirksamtsleiter kann sich an der Aussprache beteiligen.

Die **Neufassung** ab Absatz 3 lautet unter Ergänzung dieses Absatzes (kursiv), Wegfall des Absatz 4 und Nachrücken der Absätze 5+6 wie folgt:

(3) ¹Themen, die Gegenstände der weiteren Tagesordnung sind, können nicht Gegenstand der Aktuellen Stunde sein. ²Jede Fraktion oder Gruppe kann ein Thema anmelden. ³*Jede Fraktion oder Gruppe hat zu jedem angemeldeten Thema eine Redezeit von fünf Minuten.*

(4) Anträge zur Sache dürfen nicht gestellt werden.

(5) Die Bezirksamtsleiterin oder der Bezirksamtsleiter kann sich an der Aussprache beteiligen.

In der Anlage zu diesem Antrag ist die vollständige Neufassung der Geschäftsordnung inklusive der Änderungen an §11 beigefügt.

Petition/Beschluss:

Vor diesem Hintergrund möge der Hauptausschuss beschließen:

Der Neufassung von §11 ab Absatz 3 der Geschäftsordnung der Bezirksversammlung Hamburg-Nord wird zugestimmt.

Für die SPD-Fraktion
Thomas Domres

Für die GRÜNE Fraktion
Michael Werner-Boelz

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 28.02.2017

Öffentlich

| | | |
|-----|---|------------------------|
| 4.2 | Sondermittel 2017 – Eilige Anträge Gemeinsamer Antrag von SPD- und GRÜNE- Fraktion Drucksache: 20-4013 | ungeändert beschlossen |
|-----|---|------------------------|

Sachverhalt:

Petition/Beschluss:

Von den gut 25 zur Beratung vorliegenden Sondermittelanträgen 2017 sind drei besonders eilbedürftig, da sie Maßnahmen betreffen, die bereits beginnen sollen, bevor der Haushaltsausschuss im regulären Verfahren über die Anträge entscheiden würde.

Vor diesem Hintergrund möge der Hauptausschuss beschließen:

Den folgenden Antragstellenden werden bezirkliche Mittel zur Verfügung gestellt:

1. SoMi 1082, Kunstwerk e.V.: YoungStar Showcamps 2017 auf Kampnagel
Summe: 4.500 Euro
2. SoMi 1094, Evangelische Stiftung Alsterdorf: Feriensportangebot für Kinder mit und ohne Handicap während den Frühjahrsferien
Summe: 2.220 Euro
3. SoMi 1099, Willi-Bredel-Gesellschaft: Umzugskosten
Summe: 1.000 Euro

Für die SPD-Fraktion
Thomas Domres
Ralf-Georg Gronau

Für die GRÜNE Fraktion
Michael Werner-Boelz

Abstimmungsergebnis:

Nummern 1082 und 1099:

Mehrheitlich beschlossen

Für-Stimmen : SPD, GRÜNE, DIE LINKE

Gegenstimmen : CDU

Stimmenthaltungen :

Nummer 1094:

Einstimmig beschlossen



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 28.02.2017

Öffentlich

| | | |
|------------|--|------------------------|
| 5.1 | Fonds Sportangebote für Flüchtlinge Drucksache: 20-3964 | ungeändert beschlossen |
|------------|--|------------------------|

Sachverhalt:

Das Goldbekhaus beantragt für ein Sportangebot Mittel in Höhe von 4.500 €.

Der Antrag wird vom Bezirksamt befürwortet. Er entspricht der Intention des Sportfonds der Bezirksversammlung Integration durch Sport- und Bewegungsangebote zu fördern.

Im Fonds sind noch rund € 36.000,- frei verfügbar.

Petitem/Beschluss:

Um Beratung und Entscheidung wird gebeten.

Tom Oelrichs

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 28.02.2017

Öffentlich

| | | |
|------------|--|------------------------|
| 5.2 | Quartiersfonds 2017 Hier: Bürgeraktivierung und Gesundheitsprojekte in Langenhorn Drucksache: 20-4017 | ungeändert beschlossen |
|------------|--|------------------------|

Sachverhalt:

Im ehemaligen RISE-Fördergebiet Essener Straße haben sich 2 Projekte der Gesundheitsförderung als besonders erfolgreich und wirksam erwiesen. Dies sind

- Der Interkulturelle Permakulturgarten und
- Das outdoor Spiel- und Bewegungsprojekt „Raus aus'm Haus“

Beide Projekte verbinden Gesundheitsförderung, Aktivierung von Bewohnern und integrative Bestandteile in ihrer Konzeption und der Umsetzung.

Nähere Einzelheiten können der Anlage entnommen werden.

Das Bezirksamt schlägt vor die beiden Projekte mit insgesamt € 5000,- aus dem Quartiersfonds zu fördern.

Im Quartiersfonds sind zurzeit noch € 104.199,- frei verfügbar (s. Anlage).

Petition/Beschluss:

Es wird um Kenntnisnahme und Zustimmung gebeten.

Harald Rösler

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 28.02.2017

Öffentlich

| | | |
|------------|--|------------------------|
| 5.5 | Fonds Sportangebote für Flüchtlinge Drucksache: 20-4042 | ungeändert beschlossen |
|------------|--|------------------------|

Sachverhalt:

Der Alster-Ruderverein Hanseat von 1925 e.V. beantragt für ein Sportangebot Mittel in Höhe von 560 €.

Das Angebot entspricht den Bedingungen des Fonds und wird vom Bezirksamt befürwortet. Auch wenn es sich hierbei um vergleichsweise hohe Kosten pro Person handelt, so steht dem hier doch auch eine vergleichsweise sehr starke Integrationsleistung bzw. -Chance gegenüber.

Petition/Beschluss:

Um Beratung und Entscheidung wird gebeten.

Tom Oelrichs

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 28.02.2017

Öffentlich

| | | |
|-----|---|------------------------|
| 5.6 | Fonds Sportangebote für Flüchtlinge Drucksache: 20-4046 | ungeändert beschlossen |
|-----|---|------------------------|

Sachverhalt:

Weiss-Blau Groß Borstel 63 e.V. beantragt für ein Sportangebot Mittel in Höhe von mindestens 2.500 €.

Der Antrag entspricht dem Rahmen des Sportfonds und ist angesichts der Zahl der Personen, die erreicht werden, angemessen. Der Antrag wird daher vom Bezirksamt befürwortet.

Petitem/Beschluss:

Um Beratung und Entscheidung wird gebeten.

Tom Oelrichs

Abstimmungsergebnis:

2.500 € einstimmig beschlossen



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 28.02.2017

Öffentlich

| | | |
|------------|--|------------------------|
| 7.1 | Unterbringung für LSBT*I-Geflüchtete und alleinstehende geflüchtete Frauen Beschlussempfehlung des Ausschusses Soziales, Gesundheit und Integration Drucksache: 20-3957 | ungeändert beschlossen |
|------------|--|------------------------|

Sachverhalt:

Der Ausschuss Soziales, Gesundheit und Integration hat sich in seiner Sitzung am 09.02.2017 mit dem o.g. Thema auf Grundlage der in der Anlage befindlichen Drucksache 20-3843 befasst und bei Stimmenthaltung der CDU-Fraktion einstimmig die folgende Beschlussempfehlung verabschiedet:

„Der Ausschuss Soziales, Gesundheit und Integration beabsichtigt, sich in einer der nächsten Sitzungen erneut mit dem o.g. Thema zu befassen und bittet hierzu um die Teilnahme einer Vertreterin / eines Vertreters der Koordinierungsstelle savia.“

Petitum/Beschluss:

Der Hauptausschuss folgt der Beschlussempfehlung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen

Für-Stimmen : SPD, GRÜNE, DIE LINKE
Gegenstimmen :
Stimmenthaltungen : CDU



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 28.02.2017

Öffentlich

| | | |
|------------|---|------------------------|
| 7.2 | Spazierweg an der Hartwicusstraße instandsetzen! | ungeändert beschlossen |
| | Beschlussempfehlung des Regionalausschusses | |
| | Barmbek-Uhlenhorst-Hohenfelde-Dulsberg | |
| | Drucksache: 20-3968 | |

Sachverhalt:

Der Regionalausschuss Barmbek-Uhlenhorst-Hohenfelde-Dulsberg hat sich in seiner Sitzung am 13.02.2017 mit o.g. Thematik auf der Grundlage eines gemeinsamen Antrages der SPD- und GRÜNE-Fraktion befasst und einstimmig folgende Beschlussempfehlung verabschiedet:

„Vor diesem Hintergrund wird das Bezirksamt gebeten,

1. Den Spazierweg an der südlichen Seite der Hartwicusstraße entlang des Kanals auf seinen Instandsetzungsbedarf zu überprüfen und die Ursachen für die starke Pfützenbildung zu beheben.“

Begründung:

Die Hartwicusstraße auf der Uhlenhorst verläuft, unterbrochen durch den Mundsburger Damm, parallel zum Mundsburgkkanal von der Schürbeker Straße bis zur Alster/Schwanenwik. An der Nordseite der Straße existiert ein regulärer Gehweg, an der Südseite direkt oberhalb der Kanalböschung, ist ein nur mit Grand befestigter Spazierweg vorhanden.

Der Beschwerde eines Bürgers zufolge befindet sich dieser Spaziergang in einem schlechten Zustand. Bei Regen bildeten sich große Pfützen und ein Vorwärtskommen sei besonders für mobilitätseingeschränkte Personen schwierig. Da natürlich auch für diesen Personenkreis ein Spazierweg nutzbar sein sollte, scheint eine Instandsetzung geboten.

Petition/Beschluss:

Der Hautpausschuss folgt der Beschlussempfehlung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 28.02.2017

Öffentlich

| | | |
|------------|---|------------------------|
| 7.3 | Gehwege in der Schubertstraße instandsetzen Beschlussempfehlung des Regionalausschusses Barmbek-Uhlenhorst-Hohenfelde-Dulsberg Drucksache: 20-3969 | ungeändert beschlossen |
|------------|---|------------------------|

Sachverhalt:

Der Regionalausschuss Barmbek-Uhlenhorst-Hohenfelde-Dulsberg hat sich in seiner Sitzung am 13.02.2017 mit o.g. Thematik auf der Grundlage eines Antrages der Gruppe FDP befasst und einstimmig folgende Beschlussempfehlung verabschiedet:

„Vor diesem Hintergrund möge der Regionalausschuss Barmbek-Uhlenhorst-Hohenfelde-Dulsberg beschliessen:

- 1) Die Verwaltung wird aufgefordert, die Schäden am Glensandstreifen kurzfristig auszubessern, um die Gefahren für die Fußgänger zu beseitigen.
- 2) Die Verwaltung wird aufgefordert, zu prüfen, ob der Glensandstreifen, der bisher zwischen Bordstein und Gehwegplatten vorhanden ist, durch Gehwegplatten ersetzt werden kann und stattdessen ein entsprechend breiter Glensandstreifen an den Grundstücksgrenzen angebracht werden kann. Bei der Beantwortung des Prufauftrages sollen auch die Kosten einer solchen Maßnahme mitgeteilt werden.“

Begründung:

In der Schubertstraße in Barmbek-Süd befindet sich zwischen dem Bordstein und den Gehwegplatten ein Glensandstreifen von der ungefähren Breite einer Gehwegplatte, der auch beparkt werden darf. Dieser ist an vielen Stellen ausgewaschen - teilweise bis zu zehn Zentimeter - und stellt damit insbesondere im Dunklen, wenn die Löcher kaum zu sehen sind, eine Gefahr für Fußgänger dar. Um diese Gefahr dauerhaft zu beseitigen, ohne mehr Fläche zu versiegeln, wäre es möglich, die Gehwegplatten bis an die Bordsteinkante zu verlegen und dafür einen entsprechend breiten Glensandstreifen an den jeweiligen Grundstücksgrenzen anzubringen.

Petition/Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss folgt der Beschlussempfehlung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 28.02.2017

Öffentlich

| | | |
|------------|--|------------------------|
| 7.4 | Gehwege in der Brucknerstraße instandsetzen! Beschlussempfehlung des Regionalausschusses Barmbek-Uhlenhorst-Hohenfelde-Dulsberg Drucksache: 20-3967 | ungeändert beschlossen |
|------------|--|------------------------|

Sachverhalt:

Der Regionalausschuss Barmbek-Uhlenhorst-Hohenfelde-Dulsberg hat sich in seiner Sitzung am 13.02.2017 mit o.g. Thematik auf der Grundlage eines gemeinsamen Antrages der SPD- und GRÜNE-Fraktion befasst und einstimmig folgende Beschlussempfehlung verabschiedet:

„Vor diesem Hintergrund wird das Bezirksamt gebeten,

1. Die Gehwege in der Brucknerstraße insgesamt auf ihren Instandsetzungsbedarf zu überprüfen und gegebenenfalls tätig zu werden;
2. mindestens im Abschnitt zwischen Käthnerort und Sentastraße auf der Nordseite der Brucknerstraße umgehend die ausgewaschenen Grandabschnitte aufzufüllen und Stolperfallen durch herausstehende Gehwegplatten zu beheben.“

Begründung:

Die Brucknerstraße ist eine ruhige, etwa 500 Meter lange Wohnstraße in Barmbek-Süd mit dichtem Baumbestand und überwiegend fünfgeschossigen Wohnhäusern auf beiden Straßenseiten. Sie verbindet die beiden Hauptverkehrsstraßen Hufnerstraße und Schleidenstraße. An ihrem westlichen Ende befindet sich der Zugang zu Sportplatz und Vereinshaus des USC Paloma. Ebenso befindet sich hier an der Schleidenstraße eine Bushaltestelle.

Die Nebenflächen in der Brucknerstraße sind dem Aussehen nach in den letzten Jahrzehnten nicht verändert worden. Es existieren fast überall noch alte, etwa 80 cm breite asphaltierte Radwege, die häufig durch Grandflächen unterbrochen sind. Die Gehwege sind bis auf einen kurzen Abschnitt in Höhe eines Neubauareals etwa 1,50 bis zwei Meter breit und mit Platten befestigt. An vielen Stellen sind die Platten aufgenommen worden, um Baumwurzeln zu schonen. Die dortige Befestigung mit Grand ist häufig ausgewaschen, so dass sich bei Regen Pfützen bilden. Auch stehen immer wieder Platten um mehr als 3 cm in die Höhe und bilden so Stolperfallen. Anwohner*innen berichten, dass bereits mehrfach Personen aufgrund der Unebenheiten gefallen sind. Besonders deutlich wird dies im Abschnitt zwischen Käthnerort und Sentastraße auf der Nordseite (Fotos), aber auch an anderen Stellen besteht Instandsetzungsbedarf.

Petition/Beschluss:

Der Hauptausschuss folgt der Beschlussempfehlung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 28.02.2017

Öffentlich

| | | |
|------------|---|------------------------|
| 7.5 | Lärmbelastung am Alten Güterbahnhof Beschlussempfehlung des Regionalausschusses Eppendorf-Winterhude Drucksache: 20-4010 | ungeändert beschlossen |
|------------|---|------------------------|

Sachverhalt:

Der Regionalausschuss Eppendorf-Winterhude hat sich in seiner Sitzung am 20.02.2017 mit dem o.g. Thema auf Grundlage eines gemeinsamen Antrages der SPD- und Grüne-Fraktion befasst und einstimmig die folgende Beschlussempfehlung verabschiedet:

„1. Auf beiden Seiten der Straße Alter Güterbahnhof werden unmittelbar vor den Pflasterkissen jeweils mindestens drei Schrägparkplätze errichtet.

2. Auf den Pflasterkissen werden beidseitig Betonklötze (sog. Legosteine) so aufgestellt, dass die Fahrbahnbreite auf 3,00m eingeengt wird.“

Begründung:

In der letzten Sitzung des Regionalausschusses Eppendorf-Winterhude haben Anwohner der Straße „Alter Güterbahnhof“ eindringlich die Probleme geschildert, die durch die in der Straße eingebauten Pflasterkissen entstehen. Diese Aufpflasterungen (grob behauene Granitsteine) sind niveaugleich mit der Straßenoberfläche eingebaut. Sie sind also nur eine optische Aufpflasterung, um die Autofahrer daran zu erinnern bzw. darauf aufmerksam zu machen, dass es sich hier um eine Tempo-30-Zone handelt. Leider werden die Aufpflasterungen mit zu hoher Geschwindigkeit überfahren, weil sie niveaugleich sind und verursachen hierdurch Lärm.

Die Idee, die grundsätzlich intakten Pflasterkissen wieder auszubauen wird absehbar nicht umgesetzt werden können. Der hierfür zuständige Verkehrsausschuss hat sein Budget für Straßensanierungsarbeiten- disponiert und noch eine Reserveliste vorgelegt.

Aus diesem - allen bekannten Grund - ist es notwendig, der Lärmentwicklung dadurch zu begegnen, das Höchsttempo von 30 km/h an dieser Stelle tatsächlich durchzusetzen.

Petition/Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss folgt der Beschlussempfehlung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 28.02.2017

Öffentlich

| | | |
|------------|---|------------------------|
| 7.6 | Parksituation in der Haynstraße Beschlussempfehlung des Regionalausschusses Eppendorf-Winterhude Drucksache: 20-4012 | ungeändert beschlossen |
|------------|---|------------------------|

Sachverhalt:

Der Regionalausschuss Eppendorf-Winterhude hat sich in seiner Sitzung am 20.02.2017 mit dem o.g. Thema befasst und einstimmig die folgende Beschlussempfehlung verabschiedet:

„Zur nächsten Sitzung des Regionalausschusses Eppendorf-Winterhude ist ein Vertreter der Straßenverkehrsbehörde einzuladen, der über die Historie der Parksituation in der Haynstraße zwischen Eppendorfer Landstraße und Lenhartzstraße berichtet. Darüber hinaus soll er Auskunft darüber geben, was Auslöser dafür war, von der bisherigen Praxis Schrägparken zu dulden, abzuweichen und jetzt zu sanktionieren.“

Petitum/Beschluss:

Der Hauptausschuss folgt der Beschlussempfehlung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 28.02.2017

Öffentlich

| | | |
|------------|---|------------------------|
| 7.7 | Projektmittel der Stadteilkultur Beschlussempfehlung des Ausschusses Bildung, Kultur und Sport Drucksache: 20-4024 | ungeändert beschlossen |
|------------|---|------------------------|

Sachverhalt:

Der Ausschuss Bildung, Kultur und Sport hat sich in seiner Sitzung am 21.02.2017 mit Projektmitteleinträgen befasst und folgende Beschlussempfehlungen verabschiedet:

1. Drucksache 20-3863

Antragsteller/in: Gemeinde Heilige Familie Langenhorn
Projekt: Schwarzromantisches Popkonzert
Höhe der beschlossenen Förderung: 900,00 €
Art der Förderung: Fehlbedarfsfinanzierung
Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

2. Drucksache 20-3973

Antragsteller/in: Evangelische Stiftung Alsterdorf
Projekt: Vorlesen! - Lesungen in einfacher Sprache
Höhe der beschlossenen Förderung: 3 190,00 €
Art der Förderung: Fehlbedarfsfinanzierung
Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

3. Drucksache 20-3974

Antragsteller/in: Evangelische-lutherische Kirchengemeinde St. Gertrud
Projekt: Messe c-moll von W. A. Mozart
Höhe der beschlossenen Förderung: 500,00 €
Art der Förderung: Fehlbedarfsfinanzierung
Abstimmungsergebnis: mehrheitlich beschlossen (Für-Stimmen: SPD, CDU, GRÜNE,
Gegenstimmen: DIE LINKE)

4. Drucksache 20-3975

Antragsteller/in: Sylvia Richter
Projekt: Theaterprojekt un_erhört
Höhe der beschlossenen Förderung: 2 970,00 €
Art der Förderung: Fehlbedarfsfinanzierung
Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen, bei Enthaltung der CDU-Fraktion

5. Drucksache 20-3976

Antragsteller/in: Feine Künste

Projekt: Theaterstück „Alles muss raus“

Höhe der beschlossenen Förderung: 3 813,60 €

Art der Förderung: Fehlbedarfsfinanzierung

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen, bei Enthaltung der CDU-Fraktion

6. Drucksache 20-3977

Antragsteller/in: Karen Witthuhn

Projekt: Krimis machen3

Höhe der beschlossenen Förderung: 1 000,00 €

Art der Förderung: Fehlbedarfsfinanzierung

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich beschlossen (Für-Stimmen: SPD, GRÜNE, DIE LINKE;

Gegenstimmen: CDU)

7. Drucksache 20-3978

Antragsteller/in: Viktoria Meienburg

Projekt: Sommervögel - Inszenierung des Lebens der Maria Sybilla Merian

Höhe der beschlossenen Förderung: 1 660,00 €

Art der Förderung: Fehlbedarfsfinanzierung

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Petition/Beschluss:

Der Hauptausschuss folgt den Beschlussempfehlungen.

Abstimmungsergebnis:

Nummern 1., 2. und 7.:

Einstimmig beschlossen

Nummer 3.:

Mehrheitlich beschlossen

Für-Stimmen : SPD, CDU, GRÜNE

Gegenstimmen : DIE LINKE

Stimmenthaltungen :

Nummern 4. und 5.:

Einstimmig beschlossen

Für-Stimmen : SPD, GRÜNE, DIE LINKE

Gegenstimmen :

Stimmenthaltungen : CDU

Nummer 6.:

Mehrheitlich beschlossen

Für-Stimmen : SPD, GRÜNE, DIE LINKE

Gegenstimmen : CDU

Stimmenthaltungen :



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 28.02.2017

Öffentlich

| | | |
|------------|--|-------------------------------|
| 7.8 | Projektmittel des Integrationsfonds Beschlussempfehlung des Ausschusses Bildung, Kultur und Sport Drucksache: 20-4025 | ungeändert beschlossen |
|------------|--|-------------------------------|

Sachverhalt:

Der Ausschuss Bildung, Kultur und Sport hat sich in seiner Sitzung am 21.02.2017 mit Anträgen auf Projektmittel des Integrationsfonds befasst und folgende Beschlussempfehlungen verabschiedet:

1. Drucksache 20-3868

Antragsteller/in: Gemeinde Heilige Familie Langenhorn

Projekt: Kinder- und Jugendchorkonzert

Höhe der beschlossenen Förderung: 1 000,00 €

Art der Förderung: Fehlbedarfsfinanzierung

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

2. Drucksache 20-3999

Antragsteller/in: Bürgerhaus Barmbek

Projekt: „Kulturen Brunch - Räume haben, Begegnungen schaffen“

Höhe der beschlossenen Förderung: 7 810,00 €

Art der Förderung: Fehlbedarfsfinanzierung

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich beschlossen (Für-Stimmen: SPD, GRÜNE, DIE LINKE;
Gegenstimmen: CDU)

3. Drucksache 20-3998

Antragsteller/in: AGNA e.V.

Projekt: NYA Award 2017 African Achievement Award

Höhe der beschlossenen Förderung: 6 000,00 €

Art der Förderung: Fehlbedarfsfinanzierung

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen, bei Enthaltung der CDU-Fraktion

4. Drucksache 20-3989

Antragsteller/in: LUKULULE e.V.

Projekt: „ich.du.wir. Supahelden - Science Fiction Musiktheater“

Höhe der beschlossenen Förderung: 10 000,00 €

Art der Förderung: Fehlbedarfsfinanzierung

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich beschlossen (Für-Stimmen: SPD, GRÜNE, DIE LINKE;
Gegenstimmen: CDU)

5. Drucksache 20-3988
Antragsteller/in: Stadtteilarchiv Eppendorf
Projekt: Camera-Obscura-Workshops von Ilan Wolff
Höhe der beschlossenen Förderung: 2 320,00 €
Art der Förderung: Fehlbedarfsfinanzierung
Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Petition/Beschluss:

Der Hauptausschuss folgt den Beschlussempfehlungen.

Abstimmungsergebnis:

Nummern 1. und 5.:
Einstimmig beschlossen

Nummern 2. und 4.:
Mehrheitlich beschlossen

Für-Stimmen : SPD, GRÜNE, DIE LINKE
Gegenstimmen : CDU
Stimmenthaltungen :

Nummer 3.:
Einstimmig beschlossen

Für-Stimmen : SPD, GRÜNE, DIE LINKE
Gegenstimmen :
Stimmenthaltungen : CDU



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 28.02.2017

Öffentlich

| | | |
|-----|--|------------------------|
| 7.9 | Bebauungsplan-Entwurf Ohlsdorf 29 (Am Anzuchtgarten) Beschlussempfehlung des Stadtentwicklungsausschusses Drucksache: 20-4035 | ungeändert beschlossen |
|-----|--|------------------------|

Sachverhalt:

Der Stadtentwicklungsausschuss hat sich in seiner Sitzung am 23.02.2017 mit o.g. Thematik befasst und das Ergebnis der öffentlichen Auslegung zur Kenntnis genommen. Anschließend wurde einstimmig, bei Enthaltung der CDU-Fraktion, folgende Beschlussempfehlung verabschiedet:

„Der Hauptausschuss stimmt der Feststellung des Bebauungsplan-Entwurfes Ohlsdorf 29 zu.“

Historie

- 05.11.2015 StekA
- 12.11.2015 BV - Zustimmung zur Durchführung des B-Planverfahrens OH29
- 23.11.2015 GrobAbstimmung
- 31.03.2016 StekA - Kenntnisnahme der öffentlichen Auslegung
- 05.04.2016 HA - Kenntnisnahme öffentl. Auslegung durch den StekA
- 20.06. bis 20.07.2016 Öffentliche Auslegung
(12.07.2016 Bürgervertrag Klein Borstel)

Es wurde vor der öffentlichen Auslegung des Bebauungsplan-Entwurfs Ohlsdorf 29 eine frühzeitige Rechtsprüfung durchgeführt und am 12.04.2016 beendet. Daraus ergab sich, dass das Verkehrsgutachten überarbeitet/ergänzt werden musste (zu Ausführungen inwieweit Bewohner einer Wohnunterkunft in der Regel über PKW verfügen bzw. verfügen werden, Stellplätze benötigen, über die zu erwartende KFZ-Verkehrserzeugung durch die Bewohner und deren Besucher). Es erfolgte eine Ergänzung in § 2 Nummer 1 der Verordnung: "...einschließlich der erforderlichen Nebenanlagen und Infrastruktureinrichtungen wie eine Kindertagesstätte...".

Im Rahmen der Kenntnisnahmeverschickung vom 27.04.2016 sind mehrere Stellungnahmen von Behörden und Trägern öffentlicher Belange zum Bebauungsplan-Entwurf eingegangen.

Alle Ergänzungen und Änderungen, überwiegend redaktioneller Art, aus der frühzeitigen Rechtsprüfung und der Kenntnisnahmeverschickung wurden bereits in die Auslegefassung eingearbeitet.

Im Rahmen der öffentlichen Auslegung sind zum Bebauungsplanentwurf 126 Stellungnahmen eingegangen, 108 davon fristgerecht. Alle Stellungnahmen wurden berücksichtigt.

Die in den Stellungnahmen vorgebrachten Themen, Anregungen und Änderungswünsche sind der Abwägungstabelle zu entnehmen (siehe Anlage).

Abwägung:

Es wird vorgeschlagen die Festsetzungen des öffentlich ausgelegten Bebauungsplan-Entwurfs aufgrund der vorgebrachten Anregungen der Bürger nicht zu ändern.

Sämtliche Träger öffentlicher Belange und betroffenen Dienststellen wurden mit dem Arbeitsvermerk, verschickt am 05.01.2017, über die vorgebrachten Anregungen / Stellungnahmen informiert. Der Arbeitskreis II am 23.01.2017 hat ergeben, dass die ausgelegte Planfassung nicht geändert und entsprechend der öffentlichen Auslegung zur Feststellung gebracht werden soll.

Damit ist die mit den Behörden, Trägern öffentlicher Belange und Bürgern durchgeführte Abstimmung und Abwägung des Bebauungsplan-Entwurfes abgeschlossen.

Petition/Beschluss:

Der Hauptausschuss folgt der Beschlussempfehlung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 28.02.2017

Öffentlich

| | | |
|-------------|---|------------------------------|
| 7.10 | Bebauungsplan-Entwurf Alsterdorf 22/Winterhude 22 (Gleisdreieck) | zur Kenntnis genommen |
| | Kenntnisnahme der erneuten Auslegung durch den StekA | |
| | Drucksache: 20-4034 | |

Sachverhalt:

Der Stadtentwicklungsausschuss hat sich in seiner Sitzung am 23.02.2017 mit o.g. Thematik befasst und die Änderungen sowie die erneute, auf 14 Tage verkürzte Auslegung zur Kenntnis genommen.

Historie

- 28.03.2013 Stadtentwicklungsausschuss: Kenntnisnahme der Planung und Zustimmung zur öffentlichen Plandiskussion
- 19.12.2013 Stadtentwicklungsausschuss: Zustimmung zur öffentlichen Plandiskussion
- 30.01.2014 Stadtentwicklungsausschuss: Öffentliche Plandiskussion
- 06.02.2014 Stadtentwicklungsausschuss: Öffentliche Auswertung der öffentlichen Plandiskussion
- 24.09.2015 Stadtentwicklungsausschuss: Kenntnisnahme öffentliche Auslegung
- 06.10.2015 Hauptausschuss: Kenntnisnahme öffentliche Auslegung
- 21.01.2016 Stadtentwicklungsausschuss: Zustimmungsempfehlung an die Bezirksversammlung und den Hauptausschuss
- 04.02.2016 Stadtentwicklungsausschuss: Abwägung zu einer nachgereichten Einwendung, Zustimmungsempfehlung an die Bezirksversammlung und den Hauptausschuss
- 11.02.2016 Bezirksversammlung

- Öffentliche Auslegung vom 20. Oktober 2015 bis 20. November 2015
- 21.01.2016 Zustimmungsempfehlung an den Hauptausschuss und die Bezirksversammlung

Nach der Zustimmungsempfehlung des Stadtentwicklungsausschusses am 21.01.2016 an den Hauptausschuss und die Bezirksversammlung, ist am 29.01.2016 eine Einwendung nachgereicht worden. Die Einwendung war fristgerecht zum 20.11.2015 per E-Mail an die Stadt- und Landschaftsplanung abgesandt worden, war aber vom Dataport-Server nicht weitergeleitet worden.

Die Einwendung befasst sich insbesondere mit der Schalltechnischen Untersuchung zum B-Planentwurf:

- Der Einwender hält die Abwägung für die Überschreitung der Lärmwerte unter 3.2.1 der Begründung für unangemessen.
- Es wird auf fehlerhafte Zahlenwerte in Bezug auf das Krankenhaus West (Immissionort 5) in der schalltechnischen Untersuchung hingewiesen, die zu einer falschen Berechnung der Lärmkontingentierung führen.
- Zudem werden die getroffenen Schallschutzmaßnahmen für nicht ausreichend gehalten und ergänzende Maßnahmen vorgeschlagen.

Mit dieser Einwendung hat sich der Stadtentwicklungsausschuss am 04.02.2016 befasst und die Zustimmungsempfehlung an die Bezirksversammlung und den Hauptausschuss gegeben.

Im Rahmen der öffentlichen Sitzung der Bezirksversammlung am 11.02.2016 hat der Einwender seine pauschale Kritik am § 2 Nr. 5 der Verordnung zum Bebauungsplan Alsterdorf 22/ Winterhude 22 konkretisiert und auf einen fehlenden Bezug auf den Tageszeitraum für das Zusatzkontingent im Verordnungstext § 2 Nummer 5, Absatz 2 hingewiesen.

Da die Korrektur dieses Verordnungstextes mit dem neuen Bezug auf den Tageszeitraum eine wesentliche Änderung des Planinhalts darstellt, wird eine erneute öffentliche Auslegung erforderlich.

Die Zielsetzung des B-Planentwurfs und die übrigen bisherigen Planinhalte sollen nicht geändert werden.

Neben der erforderlichen Korrektur des Verordnungstextes und der Anpassung der Begründung war auch eine Korrektur der Schalltechnischen Untersuchung als Abwägungsgrundlage erforderlich, die ebenfalls ausgelegt werden soll.

Weiterhin wurden redaktionelle Anpassungen aufgrund aktueller Rechtsprechungen im Umweltbericht erforderlich, die jedoch lediglich erklärender bzw. verdeutlichender Art sind.

Da nur der Verordnungstext im §2 Nummer 5 Absatz 2 zu ändern ist, soll die erneute öffentliche Auslegung gemäß § 4a Absatz 3 Satz 2 BauGB nur auf diese Festsetzung beschränkt und gemäß § 4a Absatz 3 Satz 3 BauGB auf eine Zeitdauer von 14 Tagen verkürzt werden.

Petition/Beschluss:

Um Kenntnisnahme wird gebeten.

Der Hauptausschuss nimmt Kenntnis.



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 28.02.2017

Öffentlich

| | |
|-------------|---|
| 7.11 | Bebauungsplan-Entwurf Fuhlsbüttel 23/Langenhorn 83 (Ohkamp) Kenntnisnahme der erneuten Auslegung durch den StekA Drucksache: 20-4036 |
|-------------|---|

Sachverhalt:

Der Stadtentwicklungsausschuss hat sich in seiner Sitzung am 23.02.2017 mit o.g. Thematik befasst und davon Kenntnis genommen, dass der Bebauungsplan-Entwurf Fuhlsbüttel 23/Langenhorn 83 erneut, aber dieses Mal auf 14 Tage verkürzt, ausgelegt werden soll.

Historie:

| | | |
|-----------------------|-------|--|
| 04.02.2016 | StekA | Aufstellungsinformation |
| 25.02.2016 | StekA | Zustimmung zur öffentlichen Plandiskussion |
| 07.04.2016 | StekA | Öffentliche Plandiskussion (ÖPD) |
| 28.04.2016 | StekA | Auswertung ÖPD, nichtöffentlich |
| 26.05.2016 | StekA | Auswertung ÖPD, öffentlich |
| 08.12.2016 | StekA | Kenntnisnahme der öffentlichen Auslegung |
| 09.01.2017-10.02.2017 | | öffentliche Auslegung |

Der Bebauungsplan-Entwurf Fuhlsbüttel 23/Langenhorn 83 soll erneut öffentlich ausgelegt werden.

Es hat sich eine Abweichung zwischen dem Kaufvertrag für das allgemeine Wohngebiet und dem für diese Flächen im Dezember 2016 erteilten Baugenehmigungsbescheid sowie den Flächenabgrenzungen des Bebauungsplan-Entwurfs Fuhlsbüttel 23/Langenhorn 83 ergeben, die nicht mehr in der Auslegungsfassung korrigiert werden konnte. Aufgrund der im Süden des Wohngebietes an der westlichen Grenze angeordneten Stellplatzreihe wird zwischen dem südlichen Baukörper und der Grundstücksgrenze ein Abstand von 13,70 m benötigt. Derzeit beträgt der Abstand 11 m. Um eine Angleichung an den Kaufvertrag herzustellen, soll die Grenze zwischen dem Kerngebiet und dem allgemeinen Wohngebiet im südlichen Abschnitt um 2,70 m zu Lasten des Kerngebietes verschoben werden. Entsprechend wird die Bauflächenausweisung des Kerngebietes in diesem Bereich geringfügig angepasst.

Des Weiteren gingen verspätet zwei Stellungnahmen von Trägern öffentlicher Belange ein, die nicht mehr in der Auslegungsfassung berücksichtigt werden konnten:

Dem Hinweis der Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen, Amt für Verwaltung, Recht und Beteiligungen (BSW-RS) soll gefolgt und die Fläche für die B+R-Anlage als Straßenverkehrsfläche ohne die Ausweisung "B+R" festgesetzt werden, da üblicherweise innerhalb der öffentlichen Straßenverkehrsflächen keine Selbstbindung der Verwaltung erfolgt. Die Planzeichnung wird entsprechend geändert, in der Begründung bleiben die Aussagen über die planerische Absicht, an dieser Stelle zusätzliche Straßenverkehrsflächen zur Schaffung einer B+R-Anlage zu sichern, bestehen.

Die Behörde für Umwelt und Energie, Amt für Naturschutz, Grünplanung und Energie (BUE-NGE) hält es für erforderlich, zusätzlich im Plangebiet fünf Fledermausspalkkästen anbringen zu lassen, da gemäß den Aussagen der aktualisierten Artenschutzuntersuchung anzunehmen ist, dass sich im Gebiet weitere Höhlen befanden und somit ein Ausgleich für potenzielle Fledermausquartierverluste zu leisten ist. Daher soll in der Verordnung eine Festsetzung zur Anbringung von fünf Fledermausspalkkästen in § 2 Nr. 19 ergänzt werden. Die neue Festsetzung lautet:

„Im allgemeinen Wohngebiet sind jeweils drei, im Kerngebiet jeweils zwei Nisthilfen für den Star sowie Fledermausspalkkästen dauerhaft und fachgerecht anzubringen und zu unterhalten.“

Die Änderungen sind in der Vorlage für den Arbeitskreis II am 27.02.2017 mit den Behördenvertretern dargestellt und erläutert.

Gemäß § 4a Abs. 3 BauGB sollen die Stellungnahmen nur zu den geänderten oder ergänzten Teilen abgegeben und die Dauer der Auslegung auf zwei Wochen verkürzt werden.

Petition/Beschluss:

Um Kenntnisnahme wird gebeten.

Der Hauptausschuss nimmt Kenntnis.



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 28.02.2017

Öffentlich

| | | |
|------|---|------------------------|
| 7.13 | Langenhorner Markt: Barrierefreies WC besser zugänglich machen Beschlussempfehlung des Regionalausschusses Langenhorn-Fuhlsbüttel-Ohlsdorf-Alsterdorf-Groß Borstel Drucksache: 20-4045 | ungeändert beschlossen |
|------|---|------------------------|

Sachverhalt:

Der Regionalausschuss Langenhorn-Fuhlsbüttel-Ohlsdorf-Alsterdorf-Groß Borstel hat sich in seiner Sitzung am 27.02.2017 mit o.g. Thematik auf der Grundlage eines gemeinsamen Antrages der SPD- und Grünen-Fraktion befasst und einstimmig folgende Beschlussempfehlung verabschiedet:

„Die Bezirksverwaltung wird gebeten, eine Maßnahme zu finden, die geeignet ist, den Eingangsbereich der barrierefreien Toilette am Langenhorner Markt künftig leichter zugänglich zu machen.

Die Bezirksverwaltung wird gebeten zu prüfen, ob und in welchem Umfang im Umfeld des Marktmeisterhäuschens und des Einganges zu Kaufland auf Ebene des Marktplatzes weitere Abstellmöglichkeiten für Fahrräder geschaffen werden können.“

Begründung:

Im Marktmeisterhaus am Langenhorner Markt befindet sich auch ein behindertengerechtes öffentliches WC.

Leider ist es nicht immer gut für mobilitätseingeschränkte Menschen erreichbar. Häufig versperren abgestellte Fahrräder den Zugang oder erschweren ihn.

Auch ein Mülleimer der Stadtreinigung steht in unmittelbarer Nähe der Eingangstür und sorgt für Behinderungen, insbesondere an Tagen mit hoher Besucherfrequenz auf dem Marktplatz.

Abhilfe könnte z.B. eine deutlich sichtbare Markierung auf dem Boden schaffen, die den Eingangsbereich des WCs als solchen erkennbar macht.

Des Weiteren gibt es offenbar Bedarf für mehr Fahrradabstellplätze auf der Ebene des Marktplatzes.

Petition/Beschluss:

Der Hauptausschuss folgt der Beschlussempfehlung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 28.02.2017

Öffentlich

| | | |
|-------------|--|------------------------|
| 7.14 | Markante Einzeldenkmale in den Stadtteilen Langenhorn, Fuhlsbüttel, Ohlsdorf, Alsterdorf und Groß Borstel Beschlussempfehlung des Regionalausschusses Langenhorn-Fuhlsbüttel-Ohlsdorf-Alsterdorf-Groß Borstel Drucksache: 20-4044 | ungeändert beschlossen |
|-------------|--|------------------------|

Sachverhalt:

Der Regionalausschuss Langenhorn-Fuhlsbüttel-Ohlsdorf-Alsterdorf-Groß Borstel hat sich in seiner Sitzung am 27.02.2017 mit o.g. Thematik auf der Grundlage eines interfraktionellen Antrages sowie der FDP-Gruppe und der Gruppe Piraten befasst und einstimmig folgende Beschlussempfehlung verabschiedet:

„Der Vorsitzende des Regionalausschusses wird gebeten zur nächstmöglichen Sitzung einen Vertreter der Denkmalschutzbehörde einzuladen und ihn zu bitten, einen Überblick zu geben über wichtige Einzeldenkmale in den Stadtteilen des Regionalausschusses und in welcher Form sich die Denkmalschutzbehörde engagiert im Sinne des Erhaltes dieser stadtteilprägenden Gebäude.“

Begründung:

In allen Stadtteilen des Regionalausschussbereiches gibt es historische Gebäude, die unter Denkmalschutz stehen. Teilweise eher versteckt im Hinterhof, wie die Wagnerkate in Klein Borstel oder die kürzlich abgebrannte Suckkate in Langenhorn oder auch markant platziert, wie das Landhaus Fuhlsbüttel als markantes Empfangsgebäude von der Alster kommend im Stadtteil Fuhlsbüttel.

Manches dieser Gebäude erfüllt aus Sicht des jeweiligen Eigentümers nicht immer mehr die Voraussetzungen für einen wirtschaftlichen Betrieb, so dass es immer wieder Anträge zum Abbruch von den Gebäuden gibt, trotz des eindeutigen Status als eingetragenes Einzeldenkmal. Damit besteht die Gefahr, dass immer mehr markante und für den jeweiligen Stadtteil identitätsstiftende Gebäude verschwinden und die Stadtteile in ihrer Erscheinung "beliebiger und austauschbarer" werden.

Petition/Beschluss:

Der Hauptausschuss folgt der Beschlussempfehlung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 28.02.2017

Öffentlich

| | |
|---|---------------|
| 9 | Verschiedenes |
|---|---------------|

Die GRÜNE-Fraktion beantragt für die Ausrichtung des Kulturpreises 2016 aus Sondermitteln 4.500 € zur Verfügung zu stellen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen